



Parlamentarier und Verwaltungskader informieren sich aus erster Hand über renommierte Open Source Projekte

Im Rahmen des Dinners der Parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit im Hotel Bern haben sich gestern Abend National- und Ständeräte, ein Regierungsrat sowie zahlreiche Informatik-Kaderleute aus Bund und Kantonen über die bekannten Open Source Migrationsprojekte beim Bundesgericht, dem Kanton Solothurn und der Stadt München informiert.

Christian Wasserfallen, Co-Präsident und Nationalrat Kt. Bern, eröffnete das Dinner der Parlamentarischen Gruppe begeistert und begrüßte die Teilnehmer. Unter ihnen waren nationale Politiker wie Luc Recordon und Robert Cramer, Ständeräte aus Waadt und Genf, sowie Kaderleute aus der Verwaltung wie beispielsweise BIT-Direktor Marius Redli und Paul Tschümperlin, Generalsekretär des Schweizerischen Bundesgerichts. Das politische Fazit zog am Ende des Abends **Edith Graf-Litscher**, Co-Präsidentin und Nationalrätin Kt. Thurgau. Sie betonte die Chancen von Open Source Software für den nachhaltigen Umgang mit digitalen Gütern und wies darauf hin, dass es zur Nutzung dieses Potentials sowohl die Unterstützung der Politik als auch die Umsetzung in der Verwaltung benötigt.

Zuvor hatten Führungskräfte aus dem Bundesgericht, dem Kanton Solothurn und der Stadt München über die aktuellsten Entwicklungen in ihren bekannten Open Source Migrationsprojekten berichtet. Daniel Brunner, stellvertretender Informatik-Leiter beim **Schweizerischen Bundesgericht**, erläuterte die seit acht Jahren in Kraft stehende Open Standards und Open Source Software Strategie. Dabei wies er insbesondere auf das positiv ausgefallene Audit von KPMG im letzten Jahr hin, das die beim Bundesgericht im Einsatz stehenden Open Source Lösungen wie OpenOffice.org, Evolution, Firefox und Alfresco als sehr wirtschaftlich und zukunftsorientiert befunden hatte. Zu denken gab den anwesenden Politikern der geplante Wechsel der Informatik des Bundesverwaltungsgerichts. Einerseits soll zurück auf die proprietäre Microsoft-Plattform gewechselt werden, andererseits verursacht diese Migration laut Budget 2010 Mehrkosten von rund 7 Millionen Franken, was rund 65% der jährlichen IT-Gesamtkosten der Bundesgerichte ausmacht. Ferner verursacht die vom Bundesverwaltungsgericht beschlossene Trennung in der Zukunft einen jährlichen Synergie-Verlust von 1.8 Millionen Franken.

Als zweites bekanntes Open Source Migrationsprojekts wurde die Linux-Einführung im **Kanton Solothurn** von Informatikleiter Kurt Bader vorgestellt. Die unterschiedlichen Vorteile der Open Source Plattform wie die reduzierte Lieferanten- und Produktabhängigkeit sowie die niedrigeren Kosten zeigten deutlich, dass weder Kritik an der technischen Umsetzung der Migration noch an den Finanzen angebracht ist. Dies belegte auch die Entwicklung des globalen IT-Budgets über die letzten sechs Jahre, das die Kostenersparnisse trotz Einführung neuer Software-Lösungen und Teuerung widerspiegelte.

Mit dem Einblick in die Linux Desktop Migration der **Stadt München** stellte der stellvertretende Projektleiter Florian Schiessl das dritte bekannte Open Source Pionierprojekt vor. Dabei wies er vor allem auf den pragmatischen Evaluationsprozess hin, der dem Migrationsprojekt vorausging. Das Ziel war stets eine kostengünstige Lösung mit möglichst niedrigen Abhängigkeiten zu wählen. Dabei stellte sich in mehreren externen Gutachten die Open Source Plattform als bestes Mittel zum Ziel heraus, sodass die Stadtverwaltung diesen Weg wählte. Heute arbeiten alle 14'000 Arbeitsplätze der städtischen Verwaltung mit OpenOffice.org und 2200 davon wurden auf Linux migriert.

Bilder des Abends sowie sämtliche Präsentationsfolien sind auf der Website verfügbar:

<http://www.digitale-nachhaltigkeit.ch/2009/09/parlamentarier-dinnerparlamentarier-dinner>

Sekretariat parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit

Swiss Open Systems User Group /ch/open, Postfach 2322, 8033 Zürich, www.digitale-nachhaltigkeit.ch
Matthias Stürmer, matthias.stuermer@ch-open.ch, +41 76 368 81 65